

Aus Bund und Ländern

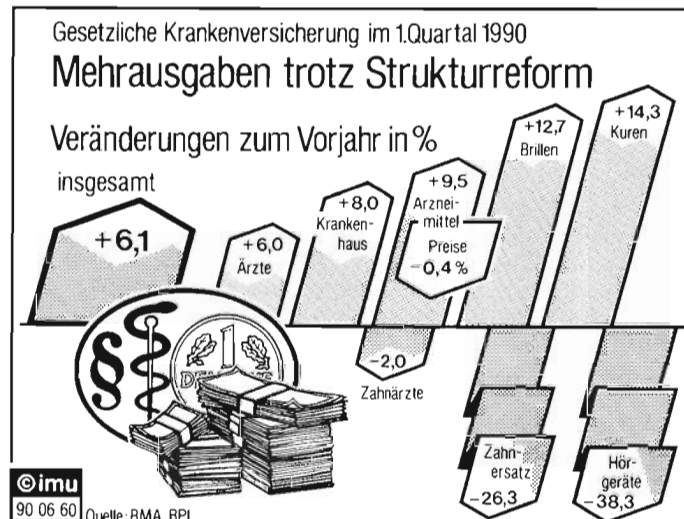
## Pharma-Industrie: Gebremstes Wachstum

FRANKFURT. Die seit 1. September 1989 in Kraft getretenen Festbeträge für Medikamente haben die ersten „Bremspuren“ hinterlassen: So stieg die Arzneimittelproduktion der bundesdeutschen Hersteller vom September 1989 bis April 1990 nur noch um vier Prozent; dagegen hatte der Produktionswert in der Zeit vom September 1988 bis April 1989 noch um 8,2 Prozent zugenommen.

Ohne das Plus im Exportbereich (+10,1 Prozent) in der Zeit vom September 1989 bis März 1990 wäre die Produktion noch langsamer gewachsen. Die bundesdeutsche Arzneimittelindustrie exportierte im vergangenen Jahr Pharmazeutika im Wert von 10,1 Milliarden DM; dies sind 41,5 Prozent der gesamten Produktion. Hauptabnehmerländer von Pharmazeutika „made in Germany“ waren Japan, Italien, Großbritannien, Frankreich und die USA. Im vergangenen Jahr stieg der Wert der Ausfuhren um 6,7 Prozent. Die Importe nahmen um 13,5 Prozent auf 5,6 Milliarden DM zu. Hauptlieferanten: Schweiz, Frankreich, Großbritannien, USA und Italien. EB

## Krankenhäuser/DDR: Private wollen investieren

BONN. Die privaten Krankenhausträger in der Bundesrepublik Deutschland (rund 980) wollen rasch in der DDR investieren. Nach einer Umfrage des Bundesverbandes Deutscher Privatkrankenanstalten e. V. (BDPK) bei 20 seiner größten Klinikträger wären diese bereit, innerhalb von drei Jahren 1,5 bis 2,5 Milliarden DM für die Übernahme und Sanierung alter und den Bau neuer Krankenhäuser auszugeben. Voraus-



Erfolgsmeldungen über gesunkene Leistungsausgaben der Krankenkassen – wie 1989 erstmals möglich – konnten für das erste Quartal 1990 nicht abgegeben werden. Im Gegenteil: Die Ausgaben der Krankenkassen erhöhten sich insgesamt um 6,1 Prozent auf 32 Milliarden DM. Damit bestätigt sich offensichtlich das Argument, daß der Ausgabenrückgang des Jahres 1989 in erster Linie durch den Vorzieheffekt (sogenannter Blüm-Bauch) in 1989 bedingt war

gesetzt sei allerdings, daß ihnen in der DDR eine marktwirtschaftlich orientierte Tätigkeit ermöglicht wird. Zahlreiche Klinikträger hätten bereits Kontakt mit DDR-Krankenhäusern aufgenommen, erklärte der BDPK.

Nach Schätzungen des Verbandes beläuft sich der kurzfristige Investitionsbedarf im Krankenhauswesen der DDR (es gibt zur Zeit 540 Krankenhäuser) zwischen 27 und 33 Milliarden DM, wovon rund 5 Milliarden DM jährlich bereitgestellt werden müßten. Sollten die Investitionen zu langsam oder in zu geringem Umfang erfolgen, müsse damit gerechnet werden, daß die Bürger in der heutigen DDR in einem wiedervereinigten Deutschland in beachtlichem Ausmaß bundesdeutsche Krankenhäuser frequentierten. Dadurch würden dort bereits heute bestehende Engpässe weiter vergrößert, Wartezeiten verlängert und unter Umständen soziale Spannungen ausgelöst. Gleichzeitig würden die dann fehlenden Patienten in der DDR den Fortbestand vieler DDR-Krankenhäuser gefährden. Zur Zeit werden von den 540 Krankenhäusern in der

DDR 460 vom Staat getragen, 76 Einrichtungen haben konfessionelle Träger, lediglich vier sind private Krankenanstalten. HC

## Arzneimittel: Festbeträge für 28 Wirkstoffe

BONN. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung haben zum 1. Juli weitere Festbeträge für wirkstoffgleiche Arzneimittel beschlossen. Die 28 neuen Wirkstoffe umfassen zusammen einen Umsatz von rund zwei Milliarden DM (Liste siehe DÄ 25/26 „Bekanntmachungen“).

Insgesamt sind 43 Wirkstoffe mit einem Gesamtumsatz von 4,7 Milliarden DM von der Festbetragsregelung erfaßt. Vom Umsatzvolumen her sind dies mehr als ein Fünftel der gesamten Arzneimittelausgaben der Krankenkassen. Voraussichtlich bis Mitte 1991 wird der gesamte Markt der wirkstoffgleichen Arzneimittel (Stufe I) von der Festbetragsregelung erfaßt sein. Die bisherigen Einsparungen der gesetzlichen

Krankenkassen betragen für die bereits am 1. September 1989 und 1. Januar 1990 in Kraft getretenen Arzneimittelfestbeträge für die ersten 15 Wirkstoffe rund 550 Millionen DM. Dazu kommen für die 28 Wirkstoffe Einsparungen von rund 270 Millionen DM. Insgesamt belaufen sich die Einsparungen (brutto) damit auf 825 Millionen DM. Die Versicherten werden durch die Festbeträge in zwischen jährlich um rund 350 Millionen DM entlastet, weil bei Medikamenten zum Festbetrag die Zuzahlung von drei DM entfällt. SU

## Neue Schutzimpfung für Säuglinge und Kleinkinder

HANNOVER. Das niedersächsische Sozialministerium empfiehlt, die Möglichkeit einer neuen Schutzimpfung gegen Infektionen mit Hämophilus-Influenzae-b-Bakterien wahrzunehmen. Kinderärzte könnten damit erstmals dieser gefährlichen Bakterienerkrankung vorbeugen, die bei Säuglingen und Kleinkindern zu gefürchteten Komplikationen führen kann. Hämophilus-Influenzae-b (Hib) kann zwei schwerwiegende Erkrankungen hervorrufen, nämlich Meningitis und Epiglottitis. Grundlage der erstmals öffentlich ausgesprochenen Empfehlung ist eine Studie für das Jahr 1987, an der 64 Krankenhäuser mit 85 Fachabteilungen beteiligt waren. Insgesamt konnten 306 Patienten mit bakterieller Meningitis erfaßt werden. Davon waren 65 Prozent Kinder. Die Studie bestätige, so das Ministerium, den international erkennbaren Erregewandel in Richtung Hämophilus-Influenzae-b. Dieser Erreger übertrifft inzwischen Infektionen durch Meningokokken um das Doppelte.

Seit November 1989 ist für die Bundesrepublik ein kanadischer Impfstoff zugelassen. Die Kosten tragen die Krankenkassen. EB